

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 240 Mark. Einzelne Nummern 10 Mark.
Versprecher: Geschäftsstelle Nr. 11296 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 26 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 50 R., unter Eingangs 60 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragliche Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulen und der Landeskulturzentren, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsspreewiesen.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptchriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 269

Freitag, 17. November

1922

Auf dem Wege zur Lösung.

Berlin, 16. November. (B. L. W.)

Der Reichspräsident hat Geheimrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Geheimrat Cuno hat den Auftrag angenommen und ist in die erste Besprechung mit den Parteiführern eingetreten.

Ein Kabinetts der Arbeit.

Parlamentarier und Fachminister.

Berlin, 17. November.
Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Generaldirektor Cuno hat gestern nachmittag und abend die Vorsitzenden der Fraktionen der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft und der Sozialdemokratie über seine Absicht unterrichtet, ein Kabinetts der Arbeit zu bilden, das sich, ohne ein ausgesprochenes Koalitionskabinetts zu sein, auf alle Parteien stützen soll, die aufbauende Arbeit leisten wollen. Als wichtigste Aufgabe bezeichnet er, Deutschland aus seinen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen. Er nahm die in der Note an die Reparationskommission vom 12. November in großen Zügen dargelegten innen- und außenpolitischen Forderungen, die die Zustimmung der drei Parteien der Arbeitgemeinschaft und der Sozialdemokratie gefunden haben, an. Bei den Parteien der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft hat die Kandidatur Cunos eine günstige Aufnahme gefunden.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, gegen den Versuch einer Kabinettsbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben. Der „Vorwärts“ erklärt diesen Beschluß dahin, daß Cuno für die Sozialdemokratie nicht von vornherein ein unannehmbare Kandidat sei. Eine endgültige Stellungnahme der Partei könne aber erst erfolgen, wenn sein Programm und das von ihm vorgeschlagene Kabinetts vorliegt. Was die Zusammenlegung des neuen Kabinetts anlangt, so habe Cuno die Absicht, neben einer Reihe von Parlamentariern einige Fachminister zu berufen, die politisch der Deutschen Volkspartei nahestehen. Cuno ist gestern abend nach Hamburg gereist und fährt heute nachmittag nach Berlin zurück, um seine Verhandlungen über die Kabinettsbildung abzuschließen.

Von Kaumer bis Hilferding?

Berlin, 17. November.

Soweit sich bisher übersehen läßt, dürften Dr. Herzog als Finanz- und Dr. Gehler als Reichswirtschaftsminister gehalten, während Dr. Hilferding wahrscheinlich mit der Leitung des Wiederaufbauamtes betraut werden wird. Als Reichswirtschaftsminister wird der vorkriegszeitliche Abg. ord. Dr. Kaumer genannt. Als sein Staatssekretär an Stelle Dr. Hirsch der demokratische Reichstagsabg. Dr. Schreyer. Die bayerische Handelsminister Hann. Möllrich ist, daß die sozialdemokratischen Minister des Innern und der Justiz, Dr. Kasper und Dr. Kaddrich, in ihren Ämtern verbleiben. Dr. Stenemann, von dem vorhin die Rede war, scheint für das neue Kabinetts nicht in Frage zu kommen. Er selbst legt offenbar mehr Wert darauf, als Chef der vorkriegszeitlichen Fraktion die Fäden seiner Partei in der Hand zu behalten.

Französische Annäherung.

Die nationalistische Presse erteilt Zensuren.

P. r. S., 16. November.
Dem Kanzler Wirth rufen heute der Temps und das Journal des Debats einige Abschiedsworte nach. Was der Temps schreibt, ist wenig freundlich, aber immerhin nicht beleidigend. Der Artikel des Journal des Debats fällt durch seine verletzende Unhöflichkeit und eine geradezu erbärmliche Unkenntnis der deutschen innerpolitischen Verhältnisse auf. Der Temps erinnert den W. Dr. Wirth an und bedauert nur, daß seine Taten nicht immer auf der Höhe seiner Absichten gewesen sind. Von den Debats steht, daß sich ihm durch den letzten Besuch der Reparationskommission eröffnet hatten, habe er nur sehr be-

scheidenen Gebrauch gemacht. Das Journal des Debats hat niemals an die Ehrliebe des Kanzlers geglaubt. Dr. Wirth habe „immer nur Komodis gespielt“. Er wurde nur Kanzler, weil er bequem war, und sich Mühe gab, niemanden zu verletzen. Offiziell verspricht er die Erfüllung, im geheimen habe er den Industriellen, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Deshalb sei es gerade die Großindustrie, die den Rücktritt Dr. Wirths am meisten belege. (1) „Er war nur ein Strohmännchen und hat niemals versucht, auf diese Herren einen Druck auszuüben.“ Im übrigen handle es sich in Deutschland um keine Parteikrise, denn alle Parteien, Nationalisten ebenso wie Sozialisten, seien darin einig, die Gläubiger Deutschlands zu prellen. Aus diesen und ähnlichen tiefen Sinnigen Voraussetzungen zieht der Verfasser, Auguste Gauvain, den Schluß, daß Frankreich, ohne sich um die politische Abregung der neuen Regierung zu kümmern, seine Dispositionen für eine Sicherung seiner Rechte treffen müsse. Wenn Reich Cuno am Sonntag in Paris wäre, dürfte er nicht wieder abreisen, ohne daß die französische Regierung sich mit ihm über die Folgen der deutschen Zahlungseinstellung verständigt habe.

Der Temps benutzt die Gelegenheit, welche ihm die Berliner Mitteilungen über die Kandidaten für die Kanzlerschaft geben, zu einer warmen Anerkennung der Verdienste des Vorkriegskanzlers Dr. Mayer. In der belächelten Stellung, die Dr. Mayer seit drei Jahren in Paris inne habe, habe er die Achtung aller, die mit ihm zu tun hatten, erworben und verdient. Wenn Dr. Mayer Kanzler würde, dann würde er, als ein erfahrener Wirtschaftspolitiker, seine Aufmerksamkeit hauptsächlich dem wirtschaftlichen Aufbau zuwenden. Er würde sich bemühen, die Handelsbilanz Deutschlands wieder zu heben, die Ausfuhr zu steigern und die Einfuhr auf das Notwendigste zu beschränken. Der „Temps“ meint, daß niemand in Frankreich das Geringste in dem ein großer Teil des deutschen Volkes zu leben gezwungen sei. Vor Beginn eines harten Winters müsse man wünschen, daß es der neuen Regierung gelingen möge, die sozialistische Partei für die Regierungsmehrheit und zur Teilnahme an der notwendigen Verantwortung zu gewinnen.

Englische Stimmen über das Kabinetts Wirth.

London, 16. November.

Unter den Blättern, die sich heute mit dem Rücktritt des Kabinetts Wirth sowie mit der Lage in Deutschland befassen, spricht „Daily Chronicle“ von der Regierung Wirth als der besten, die, vom veränderten Standpunkt und vom Standpunkt der europäischen Demokratie aus gesehen, bestanden habe. Es wäre schade, wenn die Sozialisten außerhalb der Regierung blieben. Denn ihre Teilnahme an der Regierung sei für die öffentliche Ordnung wesentlich. Und je eher die Veränderten das deutsche Problem anpacken könnten, desto besser sei es. Aber es bestanden wenig Anzeichen, daß Frankreich für eine konkrete Annäherungsbahn zu haben sei.

„Daily News“ schreibt, daß die letzte deutsche Reparationsnote Vorschläge enthalte die trotz der überhöhten französischen Kritik auf jeden Fall eine Grundlage für die Erörterung böten. Die „Times“ meint, die Unruhen in Düsseldorf und Köln könnten als symptomatisch angesehen werden. Die Tatsache, daß sie in dem Besatzungsgebiet und in jener Nähe stattgefunden hätten, habe eine tiefere Bedeutung. Mit seinem verspäteten Versuch, ein Ministerium des Wiederaufbaus zu bilden, habe Wirth zugegeben, daß heute in Deutschland die wirtschaftlichen Verhältnisse vornehmlich seien. Wenn die Sozial-

isten und die Deutsche Volkspartei, die die wichtigsten Kräfte in Deutschland vertreten, ihre Energie vereinten oder ein Kompromiß schließen, könnten bei dem Versuch, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch abzuwenden, so könnte es Deutschland möglich sein, die augenblickliche Krise zu überwinden und eine Regierung zu bilden, die auf jeden Fall das Land durch die Schwierigkeiten des Winters führen werde.

Die „Westminster Gazette“ schreibt, der Rücktritt der Regierung Wirth sei, vom alliierten Standpunkt aus gesehen, im ganzen bedauerlich. Bei den Verbündeten läte man gut, sich daran zu erinnern, daß die Verbündeten in ihren Geschäften mit Deutschland von der Ausrechterhaltung einer verfassungsmäßigen Regierung in Deutschland abhängen. Jede deutsche Regierung setze sich aber jedesmal einem verwickelten Dilemma gegenüber, wenn die Alliierten unumgängliche Forderungen stellen. Nehme die Reichsregierung diese an, so setze sie Deutschland einem Sturz im Innern aus. Wirth habe sich beiden Seiten des Dilemmas eine beträchtliche Zeit hindurch entgegen können. Das Blatt sagt ferner, keine deutsche Regierung könne mehr bezahlen als die deutsche Industrie ausführe. Und der Versuch, mehr zu zahlen, müsse den Wert der Mark zerstören.

Der neue Mann und sein Programm.

Zwei Zusagen, die der Reichspräsident Cuno, in den ersten Besprechungen nach dem Sturze Wirths, den Parteiführern gegeben hat, haben sich erfüllt: ein Mann des praktischen Wirtschaftens ist mit der Regierungsbildung beauftragt worden, und er persönlich stellt sein Ministerium zusammen. Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, ist aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen. Als Geheimrat im Reichsfinanzministerium wurde er von der Hamburg-Amerika-Linie in das Direktorium berufen, kurz nachdem der Bremer Lloyd seinen Kollegen im Reichsfinanzministerium, Stimmig, in das Direktorium des Lloyd geholt hatte. Die beiden größten deutschen Schiffahrtlinien wollten sich die Fachreferenzen für Schiffahrtstragen im Reichsfinanzministerium rechtzeitig sichern für die schwierigen Auseinandersetzungen mit dem Reich über Entschädigungsansprüche der deutschen Schiffahrt nach dem Kriege. Als dann, beim Ausbruch der Revolution, Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie den Tod erlitten hatte, wurde Geheimrat Cuno zu seinem Nachfolger als Generaldirektor gewählt. In dieser seiner Stellung hat er reichlich Gelegenheit gehabt, seine wirtschaftspolitischen Kenntnisse zu verwerten und seine Gewandtheit im Verhandeln zu bewähren. Er hat jene Verhandlungen zum glücklichen Abschluß gebracht, die es der größten deutschen Schiffahrtsgesellschaft, gleich nach dem Abbruch des Krieges, ermöglichten, mit einer der größten amerikanischen Gesellschaften in eine Arbeitsgemeinschaft zu kommen, die der „Gapag“ neue Kraftmöglichkeiten eröffnete. Der jetzt auf der Höhe des Mannesalters stehende Kanzler bringt also, gerade als Wirtschaftspolitiker, Beziehungen mit, die ihm in seiner künftigen Tätigkeit von Nutzen sein können.

Kann auch heute sein hervorragender Wirtschaftspolitiker ohne intensive Beschäftigung mit der allgemeinen Politik und der Weltpolitik auskommen, so ist doch Herr Cuno auf diesen Gebieten bisher nicht handelnd hervorgetreten. Daher erklärt es sich auch, daß er, nach vorübergehender Zugehörigkeit zur Deutschen Volkspartei, heute parteipolitisch nicht gebunden ist und lediglich als dem Zentrum nahestehend — er ist Katholik — angesprochen werden darf. Der Mangel an parteipolitischer Gebundenheit ist aber, in diesem Falle, vielleicht ein Vorteil. Um so leichter wird es ihm werden, mit einem Kabinetts zusammenzuführen, das Männer aus allen Parteien enthält, die sich dem Wiederaufbau des neuen Deutschen Reiches mit Eifer und Nachdruck widmen. Er selbst genießt kein Recht zu übernehmen, sondern alle Kraft für die Leitung der Gesamtpolitik freizubehalten. Die Wahl seines Staatssekretärs, der als sein nächster

politischer Berater zu wirken haben wird, ist, unter diesen Umständen, von besonderer Bedeutung.

Neben den Männern, die er in seine Regierung beruft, ist aber vor allem das Programm von größter Wichtigkeit, das dem Kabinetts Cuno zur Grundlage dienen wird. Dieses Programm ist bereits vorhanden. Es kann nämlich, nach Lage der Sache, kein anderes sein, als dasjenige, das am vorigen Sonntag Vertreter der 5 Parteien, des Zentrums, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten, formuliert und protokolliert festgelegt haben. Auf diesem Programm beruhen ja bekanntlich bereits die letzten deutschen Reparationsvorschläge an die Alliierten, deren Beantwortung noch aussteht. Jenes Gemeinschaftsprogramm sieht ein Ineinandergreifen von währungs-, finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor. Im Vordergrund der währungspolitischen Maßnahmen steht die Stabilisierung der Mark. Von finanzpolitischen Maßnahmen werden folgende angeführt: Ausgabenverminderung durch Aufhebung nicht notwendiger Behörden, Beringerung der Zahl der Ministerien, Vereinfachung des ministeriellen Apparates, Abbau überflüssiger gewerblicher Stellen, Verminderung der Zahl der Beamten und Angestellten. In bezug auf diesen letzten Punkt heißt es: „Die Verminderung ist in bestimmten Prozentsätzen zu bestimmten Terminen durchzuführen; neue Stellen dürfen grundsätzlich nur geschaffen werden bei gleichzeitiger Streichung entsprechender Stellen in anderen Verwaltungszweigen.“ Neben der Ausgabenverminderung soll eine Einnahmevermehrung erzeugt werden durch Erhöhung der Tragfähigkeit der Steuern unter besonderer Berücksichtigung der Steuerbefreiung, Vereinfachung der Steuererhebung, Veranlagung und -erhebung; durch Beschleunigung des Anlagenertrages und der Steuer- einziehung und Festlegung wirksamer Bezugsmittel bei Rückzahlung des Fälligkeitstermines oder bei Stundung; durch produktivere Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung der Rentabilität unter voller Wahrung des Reichscharakteres. Länder und Kommunen sollen zu gleichen Maßnahmen zwecks Ausgleich ihrer Haushalte angehalten werden. Unter den produktionspolitischen Maßnahmen verlangt das Gemeinschaftsprogramm, in Verbindung mit der Stützaktion für die Mark, „wirksame Mittel zur Steuerung der Produktion, zur Hebung der Ausfuhr, der Qualitätsarbeit und zur Einschränkung unnötigen Verbrauches“. Im einzelnen wird gefordert: Schnellige Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes unter Festlegung des Achtstundentages als normalen Arbeitstag und Tarife oder behördliche Wege zur Hebung der Qualität unserer Wirtschaft; Ausgestaltung des Soziallohnens; Maßnahmen zur Erhaltung von Qualitätsarbeitern; Unterbindung des Luxusverbrauchs und Hemmung der Luxuseinfuhr; Bekämpfung des Alkoholverbrauchs.

Dieses von fünf Parteien formulierte Programm wird also die feste Grundlage für die neue Regierung bilden.

Die Vereinerung der deutschen Wissenschaft.

Die Arbeiterkraft will helfen.

In der gestrigen Reichstagsberatung führte Abg. Dr. Roes, bei der Besprechung der Zentrum-Interpellation über die Not der Wissenschaft, u. a. folgendes aus: „Mit den Worten ‚Wissen ist Macht‘ hat Wilhelm Liebknecht seinerzeit in Berlin die Arbeiterbildungsschule gegründet und damit gezeigt, wieviel hohen Respekt die deutsche Arbeiterkraft vor der Wissenschaft hat. Gerade sie empfindet es außerordentlich stark und schmerzhaft, daß die Not der Zeit auch vor der Wissenschaft hindert den Aufstieg der Arbeiterklasse. Wir begrüßen die Interpellation des Zentrums und bedauern, daß uns die Antwort der Regierung nicht befriedigen konnte. Der Wissenschaft nicht Halt macht. Die Not der Wissenschaft hindert den Aufstieg der Arbeiterklasse. Wir begrüßen die Interpellation des Zentrums und bedauern, daß uns die Antwort der Regierung nicht befriedigen konnte. Die Wissenschaft, dann leidet das ganze Volk, sein geistiges und wirtschaftliches Leben gerät in größte Gefahr. Leider haben unsere Großindustriellen noch nicht erkannt, daß insbesondere